Akademie der POLIZEI Hamburg
FOSPOL
Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung

FOSPOL-Memo Nr. 1: 1. Mai-Demonstrationen 2021

Autorin: FOSPOL

Empfohlene Zitierung:

FOSPOL. 2021. 1. Mai-Demonstrationen 2021. *FOSPOL-Memo Nr. 1*, 28.6.2021.

Kontakt:
Akademie der Polizei Hamburg
Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung (FOSPOL)
Überseering 35 - 22297 Hamburg
ak-fospol@polizei.hamburg.de

FOSPOL-Memo Nr. 1: 1. Mai-Demonstrationen 2021

Am 1. Mai finden traditionellerweise Demonstrationen für oder gegen verschiedene sozial- und gesellschaftspolitische Themen statt. Diese Art von Demonstrationen waren in der Vergangenheit häufig begleitet von Auseinandersetzungen mit Polizei. Corona machte die Organisation sowohl für die Versammlungsbehörde, die Polizei als auch für die Demonstrant:innen (vertreten durch ihre Anmelder:innen) schwieriger als sonst üblich. Die Auflagen waren streng, die Entscheidungen, bestimmte Demonstrationen nicht zuzulassen, nicht immer einfach.

Polizeiliche Einschätzungen und Verbote von Demonstrationen wurden nicht ohne weiteres hingenommen. Die Polizei war daher sowohl am 30.04. als auch am 1.5. mit einem entsprechenden Polizeiaufgebot vor Ort. Dabei kam es wiederholt zu vereinzelten Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstrant:innen. Die Kritik an Teilen des Polizeieinsatzes bis hin zu einzelnen, konkreten Einsatzmomenten war in der Woche danach bisweilen heftig. Die hier vorgestellten Beobachtungen sind Teil unserer wissenschaftlichen Arbeit zum Schwerpunkt *Protest und Polizei.* In der Folge nehmen wir keine Einschätzung der Zulässigkeit oder Richtigkeit solcher Kritik im Einzelnen vor, insbesondere bewerten wir Verbotsentscheidungen hier nicht juristisch.

Innerhalb dieses Forschungsschwerpunktes beschäftigen wir uns u.a. mit dem Verhältnis von Polizei und Bürger:innen, besonders im Kontext von Demonstrations- und Protestgeschehen. Damit hoffen wir einen wissenschaftlichen Beitrag zur Konfliktminimierung in diesem Bereich leisten zu können. Wir haben deshalb die Demonstrationen in der „Walpurgisnacht“ (30. April) und am 1. Mai zum Anlass genommen, das polizeiliche Handeln zu beobachten und einzuordnen. Uns ist bewusst, dass dieses Handeln Teil einer Interaktion ist, haben uns hier aber auf die polizeiliche Seite konzentriert. Wir sind dabei dem Weg von der Anmeldung bei der Versammlungsbehörde bis zur Demonstration auf der Straße sowie der medialen Aufarbeitung im Nachgang gefolgt. Eine Teilnahme an Sitzungen des Führungsstabes vor und während der beiden Tage war uns aus Corona-relevanten Gründen leider nicht möglich. Im Folgenden möchten wir einige Beobachtungen und daraus entstehende Fragen präsentieren, denen wir in den nächsten Monaten nachgehen wollen.

Vorausschickend sei vermerkt, dass die Pandemielage die Situation und Arbeit insgesamt schwieriger gemacht hat. Dennoch glauben wir, dass die zu erwähnenden Punkte dessen ungeachtet eine große Relevanz für die Polizei im Allgemeinen haben. Corona hat weniger die Polizeipraxis verändert, so unsere These, als dass die Pandemie unterschiedliche Aspekte nur deutlicher hervorbrachte.

Beobachtungen und Reflexionen

Versammlungsbehörde

Die Mitarbeiter der Versammlungsbehörde fungieren als Bindeglied zwischen Anmelder:innen und der Polizei. Die geltende Kooperationspflicht wird sehr ernst genommen. Die Mitarbeiter nehmen sich dabei viel Zeit, gehen auf Fragen ein und machen proaktiv Vorschläge, die eine sichere Durchführung der Versammlung ermöglichen. Die aktuelle Verordnung zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 in Hamburg (EVO) hat zu einem komplizierteren Ablauf gegenüber den sonst üblichen Verfahren geführt. Dass die Versammlungsbehörde in die Polizei integriert ist und somit auch Anforderungen der Polizeileitung umsetzen muss, stellt allerdings ein Aspekt dar, der kritisch betrachtet werden sollte. Hier könnten u.U. auch spätere Konflikte ihren Ursprung haben.

Neben vielen verständnisvollen Anmelder:innen, die ihre Versammlungen den Regelungen entsprechend einschränken, gibt es viel Kritik seitens einiger weniger Anmelder:innen, die sich in ihrem Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt sehen. Insbesondere die Begrenzung der Teilnehmerzahl auf 100, in Ausnahmefällen 200, stieß auf großes Unverständnis. Die Auflagen gemäß EVO wurden von linken Gruppen vor dem Hintergrund des langjährigen Konflikts zwischen linker Szene und der Polizei, sowie als weiteres Instrument der Unterdrückung einer „feindlichen“ Gruppe eingeordnet – *„die EVO sei nur ein Vorwand für die Untersagung linksgerichteter Versammlungen“*. Dies führte bereits im Vorfeld der Versammlungen zu Kritik gegenüber der Hamburger Polizei, die auch während der Demonstrationen wiederholt als Bestätigung eines vermeintlich vorhandenen Feindbilds geäußert wurde.

Tatsächlich aber waren nach unseren Beobachtungen die Mitarbeiter der Versammlungsbehörde im Rahmen der Kooperationsgespräche außerordentlich bemüht, EVO-konforme Lösungen zu finden, beispielsweise indem vorgeschlagen wurde große Versammlungen auf mehrere Orte mit je maximal 200 Teilnehmenden aufzuteilen. Ein Handlungsspielraum, den die EVO am 1. Mai nicht ermöglicht hat, hätte zu einem größeren Verständnis bei den Anmelder:innen führen können, die ihre Hygienekonzepte entsprechend anpassen wollten.

Einsatzkräfte

Mit der EVO im Hintergrund hat die Polizei bei den Mai-Demonstrationen geltendes Recht durchgesetzt. Dennoch gab es massive Kritik sowohl am Polizeieinsatz bei linksorientierten Versammlungen als auch an dem Umgang mit untersagten Demonstrationen. **Warum ist das so und sollte Polizei sich damit abfinden?** Es geht nicht darum Schuld zu identifizieren, sondern Fragen zu stellen, mit denen Lösungen für diese widersprüchliche Lage gefunden werden könnten.

Zu berücksichtigen bei möglichen Antworten ist, dass es Gruppierungen in der linken Szene gibt, denen Polizei ohnehin ein Dorn im Auge ist und die auch nicht vom Gegenteil überzeugt werden wollen. Die „Polizei zu nerven“ oder sie in ein „Katz-und-Maus-Spiel“ zu verwickeln ist hier Teil der Strategie und muss immer mit berücksichtigt werden. Auch ist uns klar, dass in der Vergangenheit einige dieser Gruppen durchaus ein Gewalt-affines Verhalten im Demonstrationszusammenhang gezeigt haben und Polizei das mit in ihre Überlegungen einbeziehen muss. Dennoch kann Polizei an vielen Stellen der Entscheidungsfindung und in der Umsetzung einen Einfluss ausüben, der zu anderen Handlungen und somit Wahrnehmungen seitens der Anmelder:innen, Demonstrant:innen und der Presse führen würde. Dass voll ausgerüstete Einsatzkräfte beispielsweise beim „*Klassenfest*“ am 30. April sehr dominant präsent sind, mag aus Sicht der Polizei sinnvoll sein. Ein solches Auftreten kann bei Demonstrant:innen jedoch möglicherweise den Eindruck einer martialisch auftretenden Einheit hervorrufen, bewaffnet mit Schlagstöcken, Waffen und Pfefferspray. Das polizeiliche Gegenüber, so die mögliche Annahme, wird als gewaltbereit und gefährlich wahrgenommen (auch beruhend auf Erfahrungen). Ein Einsatz mit weniger Ausrüstung scheint keine Option zu sein. Wir konnten u.a. beobachten und erfahren dass verschiedene Veranstalter diese Wahrnehmung äußerten ebenfalls hatten und entsprechend an ihre Teilnehmer:innen kommuniziert haben.

Vollkommen unabhängig von einer Bewertung, bleiben solche einsatztaktischen Entscheidungen nicht ohne Wirkung auf den Ablauf der Versammlung sowie mögliche Handlungsspielräume. Es stellt sich hier für uns die Frage, wie zielführend ein derartig massives Polizeiaufkommen bei einer geringen Teilnehmeranzahl generell und besonders für die Wahrnehmung von Polizei ist. Wir vermuten, dass die gegenseitigen Wahrnehmungen ein wichtiger Teil der Beziehung ist und möglicherweise ein Schlüssel solche Eskalationsdynamiken zu unterbrechen. So haben wir wiederholt ein sehr dominantes Auftreten der Einsatzkräfte beobachten können, auch in Situationen, die aus unserer Sicht anders hätten gelöst werden können, welches bereits vor Ort für großes Unverständnis und negative Eindrücke bei einzelnen Teilnehmer:innen geführt hat.

Kommunikation

Das Kommunikationsverhalten der Polizei während Demonstrationen ist maßgeblich geleitet von Rechtsdurchsetzung. Nahezu alle Interaktionen mit den Bürger:innen folgen diesem Aspekt. Viele davon stellen eher eine uni-direktionale Kommunikation dar, Gespräche und gegenseitiges Verstehen scheinen zweitrangig zu sein. Das gilt auch für Lautsprecherdurchsagen, die in manchen Fällen nützlich, allerdings, wie unsere Erfahrungen als Beobachter:innen zeigten, nicht immer ausreichend akustisch zu verstehen sind.

Die grundsätzliche Frage ist, ob nicht andere Formen der Kommunikation ebenfalls ihren Raum haben sollten, um, so unsere Überlegung, die Lage insgesamt weniger konfrontativ zu gestalten – auch um den Preis, dass es dadurch langwieriger werden könnte. Ein bereits vorhandener Ansatz ist die Einbindung von Kommunikationsteams, die als Ansprechpersonen für Bürger:innen dienen. Bei den am 1. Mai eingesetzten Kommunikationsteams konnten wir feststellen, dass deren Möglichkeiten offensichtlich nicht ausgeschöpft wurden um vor Ort zu deeskalieren oder offensiver in die verschiedenen Problemlösungen eingebunden zu werden. Die Absprachen zwischen Einsatzkräften vor Ort und den anwesenden Kommunikationsteams schienen oft spärlich zu sein und führten aus unserer Sicht bisweilen zu einem gegenseitigen Unverständnis zwischen Bereitschaftspolizist:innen und Kolleg:innen der Kommunikationsteams. Wir halten das nicht für einen Zufall, sondern für ein strukturelles Phänomen, welches als ein Teil der Einsatzplanung

sowie der Art der Einsatzdurchführung (im Sinne einer „Einsatzhaltung“) gesehen werden kann. Ein Stichwort in dieser Hinsicht wäre die auch in manchen Gesprächen erwähnte *„Hamburger Linie“*. Diese scheint für ein konsequentes Durchgreifen und stetige Kontrolle zu stehen, weniger für Verständigung und Kommunikation. *„Sie sei zielführend und funktioniert“*, so ein Polizist. Das Ergebnis dieser Haltung führt u.E. nach dann häufig dazu, dass Polizei vor allem **„im Recht“, aber nicht immer „richtig“ handelt,** wenn es um die Einordnung und Bewertung von Einsätzen durch Außenstehende geht. Das allerdings könnte in der Folge zu einer Spirale gegenseitiger negativer Annahmen und Vorurteilen führen, die zukünftige Situationen immer nur anspannen und selten entspannen. Dass es hier zu Fragen und zu einem Unverständnis auf Seiten mancher Demonstrierender gekommen ist, hat uns eine Beobachtung der sozialen Medien während der Proteste selbst gezeigt. Auf unterschiedlichen Twitteraccounts kam vielfach die Frage auf, warum die Hamburger Polizei insbesondere linksorientierte Versammlungen untersagt, während andernorts tausende auf der Straße demonstrieren. Auch wurde eine Nähe zu rechtsorientierten Gruppierungen unterstellt. Ob eine Bearbeitung solcher Bemerkungen in den sozialen Medien der Polizei helfen würde ihr Verhalten zu erklären und ob es zu einer besseren Verständigung führen würde, muss an dieser Stelle offen bleiben.

Aus diesen Beobachtungen des Demonstrationsgeschehens an ganz unterschiedlichen Stellen, ergeben sich für uns folgende spezifische Fragen sowie generelle Problemfelder, denen wir in unserer zukünftigen Arbeit zum Thema Polizei und Protest weiter nachgehen werden.

Entscheidungswege und -strategien in der Einsatzplanung:

- Wie werden Entscheidungen im Zusammenspiel zwischen Politik, Polizeileitung und Versammlungsbehörde getroffen und begründet?
- Welche **Handlungsspielräume** gibt es. Wie werden sie genutzt, diskutiert, mit welchen Konsequenzen?
- Wie erfolgt die **Entscheidungsfindung** über die Wahl der adäquaten Mittel? Welche Faktoren sind für die gewählte Strategie entscheidend?
- Was hat die ***Hamburger Linie*** (wenn diese überhaupt existiert) damit zu tun und in welcher Hinsicht ist sie funktional
- Darauf folgend: Welche Voraussetzungen und Konsequenzen hat die hiermit verfolgte strategische Grundhaltung?
- Welche Bilder von **polizeilichem Selbstverständnis** werden hier transportiert?

Kommunikation und Einsatzhandeln

- Könnte den **Kommunikationsteams** in einer anderen Strategie eine zentralere Rolle zukommen und wie müssten sie in die Einsatzplanung einbezogen werden? Uns scheint, dass das Potenzial dieser Einheit bisher nicht ausgeschöpft wird.
- Welches **Rollenverständnis** haben Polizist:innen vor Ort, vor dem Hintergrund der Aufgabe, der Einsatzplanung, möglicher Handlungsspielräume sowie persönlichen Kompetenzen?
- Welches Bild möchte Polizei von sich abgeben und welche Mittel werden dazu verwendet? Hier wäre auch nach der Bedeutung und Rolle von **polizeilicher Pressearbeit** und ihre Einbettung in die Einsatzplanung und anschließende Abwicklung zu fragen.
- **Dominanz und Kontrolle**: Welche Rolle spielen diese Aspekte in Situationen von Polizei-Bürger-Interaktionen, insb. bei Demonstrationen. Die Frage ist, welche Ressourcen die Einsatzkräfte für alternative, besser an die jeweilige Situation angepasste, Handlungs- und Kommunikationsweisen haben.

Der von uns weiter oben aufgeführte Widerspruch von „Recht durchsetzen“ und rechtmäßigem Handeln, ohne gleichzeitig alles „richtig“ zu machen, liegt u. E. nach in diesen Fragen begründet. Eine vertiefende Forschung vor Ort, mit Polizist:innen, Einsatzleiter:innen und anderen Verantwortlichen wird bezüglich dieses Feldes daher weiter im Zentrum unserer Arbeit stehen.

Hamburg, 28.6.2021